

# Studierenden Zeitung

Ausgabe September 2010

## Wahlergebnisse der Senats- und AStA Wahl 2010-2011



**Vogelfreier Übergang von Bachelor zu Master**  
**Doktor Bologna**

**Bund muss Studenten für volle Seminare entschädigen**

**Hochschulgruppen müssen für Räume bezahlen**

**Unsicherer elektronischer Personalausweis  
ab November '10?**

Ausgabe 5, September 2010

Herausgeber:

AK Bildung - ein Arbeitskreis der FaVeVe  
c/o Zentrales Fachschaftsbüro  
Keplerstraße 17  
70174 Stuttgart

Email: [zeitung@faveve.uni-stuttgart.de](mailto:zeitung@faveve.uni-stuttgart.de)

Hinweis: Die in den Beiträgen veröffentlichten Aussagen und Meinungen sind die der jeweiligen VerfasserInnen. Sie sind - sofern nicht anders angezeigt - keine Meinungsäußerung des AK Bildung oder der FaVeVe.

V.i.s.d.P.: Nils Langer

Layout: Silke Steinbrenner und Fabian Janssen

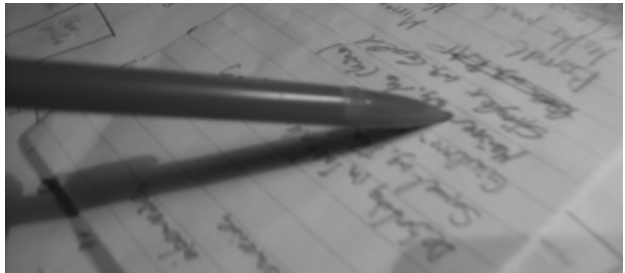
Erstellt mit Open Source Software.

Lizenz: Creative Commons, CC-BY-NC-SA

Verbreitung und Verarbeitung ist ausdrücklich erwünscht

<http://www.faveve.uni-stuttgart.de/ak-bildung/wp/>

<http://www.faveve.uni-stuttgart.de/>



## Inhaltsverzeichnis:

Impressum	2
Vogelfreier Übergang von Bachelor zu Master	4
Doktor Bologna	5
Unsicherer elektrischer Personalausweis ab November '10?	9
Wahlergebnisse der Senats- und AStA-Wahl 2010-2011	12
Hochschulgruppen müssen für Räume bezahlen	14
Bund muss Studenten für volle Seminare entschädigen	16
Termine	18
Letzte Seite	19

---

# Vogelfreier Übergang von Bachelor zu Master

## Eine tragische Serie: Die Gemeinden des Landeshochschulgesetzes (LHG) BaWü

Moritz Eyer

Der Bachelor wird im Landeshochschulgesetz als berufsqualifizierender Regelabschluss festgelegt. Der Master läuft anschließend als weiterer Studienabschluss, der darauf aufbaut und letztlich gleichwertig zu einem Diplom oder Magisterabschluss ist. Bei den Zulassungsvoraussetzungen für den Masterstudiengang ist den Universitäten freie Hand gelassen, ein überdurchschnittlicher Bachelorabschluss als Hürde zum Master wird im LHG sogar explizit genannt.

Dadurch wird nicht nur eine zusätzliche Selektionsmöglichkeit geschaffen, sondern auch insgesamt das Niveau gesenkt. Denn wenn das vorher Normale nur noch nach einem zusätzlichen Sortierdurchgang erreichbar ist, so bleiben am Übergang zwangsläufig Leute auf der Strecke.

Außerdem wird die Möglichkeit geschaffen, dass sich einzelne Fakul-

LHG §29: Studium: gestufte Studienstruktur (Bachelor- und Masterstudiengänge)

(2)[...] Erster Abschluss eines Hochschulstudiums ist der Bachelor als Regelabschluss.

täten an besonders renommierten Universitäten (Hat hier jemand „Elite-Unis“ gesagt?) großteils auf die Ausbildung von Masterstudierenden zurückziehen und die unlukrative Bachelor-Ausbildung den anderen Universitäten überlassen, aus deren AbsolventInnen sie sich dann die besten herausuchen.

Das Landeshochschulgesetz kennt keinen festgeschriebenen Übergang, keine Rechtssicherheit für Studierende und keine Regelungen über die vorzuhaltende Kapazität an Studienplätzen, und öffnet damit leider diesen und ähnlichen Gedankenspielen Tür und Tor.

[Link: Landeshochschulgesetz BW](#)

---

# Doktor Bologna

Moritz Eyer

Beim Stichwort Bologna-Reform denken die meisten LeserInnen wohl zuerst an das System von Bachelor und Master und vielleicht an die Probleme, die sie durch die höchst unterschiedliche Umsetzung desselben in ihrem eigenen Studium haben.

Doch der Bologna-Prozess besteht aus mehr, er legt EU-weit einen ganzen Qualifikationsrahmen fest, mit dem auch Schulabschlüsse und Ausbildungsberufe klassifiziert werden sollen. An oberster Stelle der Skala steht die Promotion, die ebenfalls neu geordnet und vereinheitlicht werden soll.

Bereits an diesem Punkt beginnen jedoch die Unterschiede, die man zwischen dem bisherigen System in Deutschland und der neu geordneten Bologna-Welt feststellen kann: Die Promotion wird in vielen Fachbereichen bislang nicht als dritte Stufe der akademischen Ausbildung angesehen, sondern als erster Teil der wissenschaftlichen Forschung. Bis zum Diplom, Master, Staatsexamen oder Magister

werden den Studierenden die Fähigkeiten vermittelt, die sie zum selbständigen wissenschaftlichen Arbeiten brauchen, die Doktorarbeit dient anschließend dazu, diese anzuwenden, eigenständig zu vertiefen und neue Entdeckungen zu machen. Bereits in den Abschlussarbeiten der vorherigen Studien-

## **GRADUIERTENAKADEMIE: ZWISCHEN DAUMENSCHRAUBE...**

gänge, also beispielsweise der Diplomarbeit, geschieht dies normalerweise und ermöglicht den AbgängerInnen einen tiefen Einblick in die Welt der Wissenschaft.

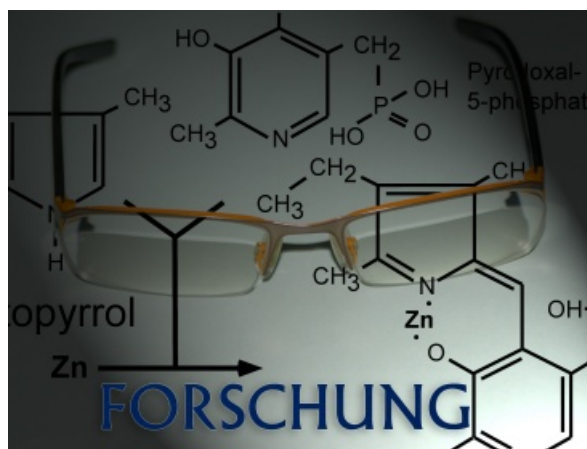
Zur Organisation der Promotionen entstanden und entstehen in den letzten Jahren an vielen Universitäten sogenannte Graduiertenakademien, die sämtliche Promotionsverfahren einer Universität unter einem Dach zusammenfassen sollen. Dies bietet zunächst Vorteile im Verwaltungsablauf und ermöglicht die Schaffung von ein-

heitlichen Rahmenbedingungen für alle Promovierenden. Letztlich soll so die Gleichwertigkeit der erworbenen Abschlüsse sichergestellt werden. Sind die Regeln jedoch zu starr formuliert, so treten zwangsläufig Schwierigkeiten auf. Häufig wird keine Rücksicht auf die verschiede-

Erlangung eines Abschlusses zu formulieren ist praktisch nicht möglich.

Eine Graduiertenakademie kann aber Angebote für die Promotionsstudierenden schaffen. Sie kann Möglichkeiten zur überfachlichen Qualifikation bieten und Möglichkei-

ten zum gegenseitigen Austausch schaffen, wie es sie für Promovierende bislang nicht gab. Wichtig ist jedoch: Diese Veranstaltungen dürfen nicht verpflichtend sein! Bestrebungen, auch für Promovierende ein System mit Leistungspunkten und Pflichtveranstaltungen einzuführen, stehen im krassen Widerspruch



nen Fachkulturen und Gepflogenheiten genommen. So ist es in manchen Studiengängen üblich, als Diplomand seine Ergebnisse auf einem Kongress vorzutragen oder in einer Fachzeitschrift zu veröffentlichen, während dies in anderen Fällen selbst bei Doktorarbeiten nur in Ausnahmefällen bei sehr spektakulären Entdeckungen geschieht. Hieraus einheitliche Kriterien für die

## ... UND WISSENSCHAFTLICHER FÖRDERUNG

zur selbständigen Forschung, die während der Promotion geleistet werden soll. Darüber hinaus stellt sich die Frage, wie eine derartige Lehrveranstaltung denn aussehen soll, damit mehrere Promotionsstudierende einer Fakultät gleichermaßen davon profitieren, auch wenn

---

sie völlig verschiedene Bereiche ihres Fachgebiets bearbeiten. Eine Graduiertenakademie kann jedoch Möglichkeiten zur Entfaltung bieten, wenn sie Vortragsmöglichkeiten und gegenseitigen Austausch schafft, beispielsweise den Besuch von Kongressen organisiert, die Verwaltung vereinfacht, aber ansonsten kein starres Korsett darstellt.

In Exzellenzclustern und Sonderforschungsbereichen können darüber hinaus weitere Angebote geschaf-

Ähnliches organisiert werden, in denen Ideen ausgetauscht, Meinungen eingeholt und Probleme gemeinsam behandelt werden können. Auch externe Fachvorträge und Kolloquien können einen Gewinn darstellen.

Ein weiterer Bestandteil der Promotion ist die eigene Lehrtätigkeit der Promovierenden. Hier ist das Ziel, dass zur eigenen Wissenschaft auch die Fähigkeit zur Weitergabe von Kenntnissen gehört. In der heutigen Welt ist Kommunikation unverzichtbar. Je-

doch dürfen Übungsgruppen und ähnliches nicht zu viel Zeit in Anspruch nehmen. Genausowenig dürfen Promovierende in die Betreuung der Technik oder Verwaltung eines Instituts eingespannt werden. Gelegent-



fen werden, wenn mehrere DoktorandInnen an Themen arbeiten, die miteinander vernetzt sind. Hier können gemeinsame Seminare und

lich ist von DoktorandInnen zu hören, deren Doktorarbeit sich ungewöhnlich in die Länge zieht, da sie nebenher das Rechnernetz-



## WAS LÄUFT IN STUTTGART?

werk ihres Instituts oder Ähnliches in Stand halten. Klare Sache, dauert die Promotion ein oder zwei Jahre länger, so muss das Institut sich in dieser Zeit schon keinen neuen Systemadministrator suchen. Der oder die Promovierende verbringt dagegen unnötig viel Zeit mit Dingen, die nicht zu seiner Forschung gehören.

Eine Graduiertenakademie kann in diesen Bereichen einheitliche Richtlinien festsetzen, die Lehrtätigkeit und Nebenaufgaben der DoktorandInnen genau regeln, und ihnen im Einzelfall eine rechtliche Handhabe geben.

In einigen Fällen existieren in Stuttgart bereits Strukturen, die denen einer Graduiertenakademie ähnlich sind. Promotionen in Exzellenzclustern und beispielsweise den Max-Planck- und Fraunhofer-Instituten verlaufen bereits in ähnlichen Strukturen. Wichtig ist jedoch, dass die Möglichkeit zur individuellen Promotion an einem einzelnen Institut erhalten bleibt. Nur sie bietet die maximale Freiheit für eigenständige Forschung ohne verschulerten Rahmen.

Nachdem das System von Bachelor und Master vielerorts unter Zeitdruck und politischem Zwang eingeführt wurde und dabei nicht



---

wenige Fehler und Versäumnisse auftraten, sollten sich die Universitäten bei der Bologna-isierung der Promotion frühzeitig Gedanken machen und klare Ziele formulieren. Ein „pro-aktives Verhalten“ (Fachchinesisch aus der Werbewirtschaft, zu deutsch: Vorauseilender Gehorsam), mit dem dem bisherigen System einfach ein starres Gerüst

namens „Graduiertenakademie“ übergestülpt wird, kann dabei keine befriedigende Lösung sein. Den ganzen Prozess zu verschlafen bis die Politik die üblichen Fristen setzt, löst das Problem aber auch nicht.

Vorausschauende Planungen und neue Ideen sind also ausdrücklich erwünscht!

## Unsicherer elektronischer Personalausweis ab November '10?

Nils Langer

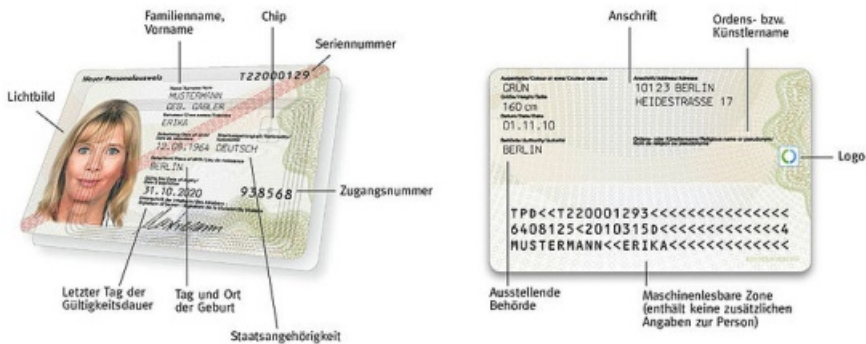
Der Personalausweis, wie ihn jeder noch in der Tasche hat, ist abgeschafft. Die Große Koalition hatte – mal wieder gegen den Protest von NGOs und BürgerrechtlerInnen – die Einführung eines handlichen Persos in Form einer Scheckkarte beschlossen; ab November gibt es bei Neuaustellung nur noch diesen. Die Daten stehen zwar noch immer auch gedruckt darauf, doch sind sie zusätzlich auf einem RFID-Chip gespeichert. Mit diesem soll dann vor allem die Identifizierung im Internet leichter sein, die Vertragsfähigkeit soll online gesteigert werden. Befürworter halten das für eine endlich

mit dem Zeitgeist gehende Politik, Gegner sprechen vom Missbrauch eines hoheitlichen Dokuments zur Wirtschaftsförderung.

Andererseits wird aber auch das Auslesen für Sicherheitsbehörden einfacher, ein Datenabgleich mit europäischen und weltweiten (Terror- / Fußballfan- / Vieleinlager-) Listen geht schneller, zuverlässiger – und verdeckter. Laut Behörden sei der neue E-Ausweis auch schwerer zu kopieren - dabei ist der bundesdeutsche Ausweis bereits

### **BILLIGE TECHNIK ALS SCHWACHSTELLE**

jetzt eines der fälschungssichersten



Dokumente weltweit.

Ende August ist nun das aufgetreten, was Gegner wie beispielsweise der „AK Vorratsdatenspeicherung“ befürchtet hatten: Fehlende Sicherheit der Daten. Die Bundesregierung hatte zum Auslesen günstige, USB-fähige Geräte bestellt und dabei wohl zu wenig auf deren Sicherheit geachtet. CCC (Chaos Computer Club) und „ARD plusminus“ haben in einer gemeinsamen Aktion an diesen Peripheriegeräten wertvolle persönliche Daten abfangen können: Die Perso-ID und die persönliche PIN. Genau diese Daten sind – in Verbindung mit dem physisch anwesenden Ausweis – nötig zum Identitätsnachweis im Internet.

## Damit ist der sogenannte Identitäts- AUF ZUM AMT

diebstahl bei Onlinegeschäften zwar kein Kinderspiel, aber hat entgegen aller Positiv-Propaganda des Bundes eben doch Angriffspunkte. Der Ausweis gilt bisher als sicher, die Peripherie allerdings nicht unbedingt. Von den getesteten Geräten hat die Regierung eine Million Stück bestellt – zur kostenlosen Verteilung, um das System zu etablieren.

Nun stellt sich auch die Frage, wie sicher denn der Ausweis auf Dauer ist. Der RFID-Chip ist nur aus einer Entfernung von wenigen Zentimetern auszulesen – zur Zeit. Betrachtet

---

tet man die Fortschritte der vergangenen Jahre in der RFID-Technik, so ist es zumindest vorstellbar, dass sich die Auslese-Distanz in den kommenden Jahren vervielfachen könnte. Dann hätte man keine Kontrolle mehr darüber, wer den eigenen Ausweis liest und wer nicht. Für den Reisepass mit RFID gab es zur Einführung bereits metallische Etuis zu kaufen, die eben dies verhindern.

Zeit für einen persönlichen Versuch. Mein Ausweis ist noch ein Jahr lang gültig, ich bekäme nächstes Jahr also einen E-Pass, den ich jedoch gar nicht möchte. Den aktuellen Ausweis zerstören kann ich nicht, weil ich mich dabei strafbar mache. Immerhin gehört der Ausweis noch immer der Bundesrepublik, obwohl er mir ausgehändigt wurde.

Also schnell ein Foto geschossen; in schwarz-weiß, auch wenn der Automat mir das nicht für Ausweisfotos erlauben will; beim Perso geht laut Gesetz aber auch eine farblose Visage. Dann halt „funny pics“ wie es im Auswahlmenü heißt. Ich verweigere mich jeder lustigen Pose.

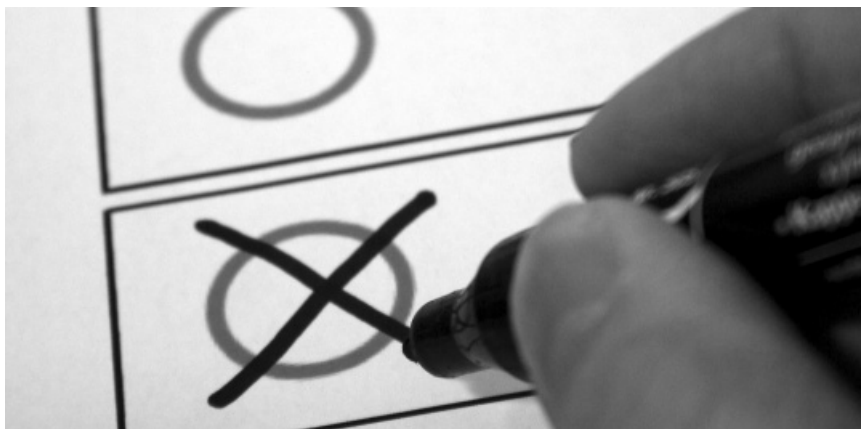
Auf zum Amt, alten Ausweis vorzeigen, neuen Ausweis beantragen, acht Euro zahlen – fertig! Mir wurden keine Fragen zum Anlass gestellt oder andere Steine in den Weg gelegt. Das ganze kostet mich – mit wenig lustigen Fotos – zwanzig Minuten und 13,- Euro. Ein praktisches Argument für die alten Ausweise ist somit auch der Preis, denn der Neue wird immerhin 28,80 EUR (für Jüngere: 22,80 EUR) zur Ausstellung kosten – plus Bilder.

Wenn man noch unter 26 Jahre ist, ist der Ausweis sechs Jahre lang gültig, ansonsten zehn Jahre. Bis Ende Oktober ist noch Zeit für die Beantragung!

[Link: Bürgerbüros Stuttgart](#)

---

# Wahlergebnisse der Senats- und AStA-Wahl 2010-2011



Nils Langer

Ihr habt eure SenatorInnen gewählt, unten findet ihr die Übersicht der Wahlergebnisse. Es sind auch weitere sieben AStA-Mitglieder bestimmt worden, doch spielt der Allgemeine Studierendenausschuss (AStA) in Stuttgart keine Rolle. Er hat dem Gesetz nach keine Kompetenzen; daher ist eure Studierendenvertretung in Stuttgart die Fach-

schaftsVertreterInnenVersammlung, die FaVeVe.

Beschränkungen gibt es in irgendeiner Hinsicht immer für Studierendenvertretungen, doch nur in BaWü und Bayern wurde ihre Eigenständigkeit abgeschafft, sodass Vereine wie die Faveve diese Arbeit übernehmen.

in Vaihingen: Hellblaues Nilpferd, „Nili“ V 57 im Erdgeschoss	und in Stadtmitte: Zentrales Fachschaftsbüro, „ZFB“ K II, Raum 2.036
oder schreibt an <a href="mailto:info@faveve.uni-stuttgart.de">info@faveve.uni-stuttgart.de</a>	

---

Bei Fragen, Problemen, Anregungen und natürlich eigenem Engagement stehen euch auch künftig die Fachschaftstüren immer offen (genau wie die uni-weiten Vertretungsbüros)

**Wahlbeteiligung: 18,3% (2009: 19,4%)**

Min.: 9,7% (Fakultät 10: Wirtschafts- und Sozialwissenschaften)

Max.: 32,8% (Fakultät 6: Luft- und Raumfahrttechnik & Geodäsie)

Tam Nguyen	1870 Stimmen	Faveve
Tobias Haas	1571 Stimmen	Faveve
Alexandra Seregely	1539 Stimmen	Faveve
Philipp Rohrbacher	1219 Stimmen	Faveve
Valerie von Körber	954 Stimmen	Faveve
Eva-Maria Werner	902 Stimmen	Bildungsstreik
<del>Nils Langer</del>	<del>822 Stimmen</del>	<del>Bildungsstreik</del>
Sebastian Fauser	576 Stimmen	Bildungsstreik

(Sebastian Fauser ist Bildungsstreik-Senator im WS 10/11. Nils Langer hat ein Stipendium für diese Zeit erhalten.)

[Link: Wahlergebnis auf der FaVeVe-Homepage](#)

[Link: Vollständiges Ergebnis](#)

---

# Hochschulgruppen müssen für Räume bezahlen

von: Juso-Hochschulgruppe Uni Stuttgart

Anfang des Semesters planten wir, die Juso-Hochschulgruppe (Juso-HSG), gemeinsam mit dem Hochschulinformationsbüro des DGB (HiB) drei Veranstaltungen an der Uni Stuttgart. Gewohntes Verfahren: Termin aussuchen, Räume im LSF wählen, Antrag schreiben und bestätigen lassen. Doch dieses Mal kam keine Bestätigung, sondern ein Anruf zurück: Das würde gehen, kostete aber 396,- EUR. Dabei waren das keine (politischen) Werbeveranstaltungen oder ähnliches, sondern speziell für die Uni Stuttgart interessante Themen: „Zivilklausel und Rüstungsforschung“, „Wissenschaftliches Arbeiten“ und „Die Wirtschaftskrise – Auswirkungen auf die Automobilregion Stuttgart“.

Was die letzten Jahre kostenlos ging, geht seit diesem Frühjahr nicht mehr. Noch im Bildungsstreik 2009 hatte der AK Bildung, an dem einige von uns beteiligt waren, in

Absprache mit der Uni knapp 100 Stunden diverse Hörsäle reserviert – in einer Woche. Und auch sonst im Semester war es selten ein Problem, wenn Studierende hochschulpolitische Veranstaltungen geplant hatten.

Nachdem hin und her telefoniert und ein FaVeVe-Beschluss zur kostenfreien Vergabe in den genannten Fällen verabschiedet wurde, gab es endlich Begründungen vom Rektorat. Es hieß, dass das HiB ein externer Veranstalter sei und deswegen bezahlen müsse. Dabei organisiert es nur die ReferentInnen - in Absprache mit der Juso-HSG. Nicht ungewöhnlich für Vorträge an der Hochschule und bisher kein Hindernis zur kostenfreien Vergabe der Räume. Geändert hat sich jedoch die Handhabung der Regeln: Seit diesem Frühjahr wird die sogenannte Richtlinie 36/2010, die die Gebührenpflicht festlegt, restriktiver ausgelegt. Grund dafür ist die steigende Arbeitsbelastung

---

im Hausdienst in den vergangenen Jahren – verursacht durch Stellenstreichungen. Die Gründe dafür wiederum liegen laut Kanzlerin Buhlmann (Verwaltungsvorsitzende) in der finanziellen Ausstattung durch das Land.

In der Uni werden wir nun versuchen, eine neue Richtlinie auszuarbeiten. Dazu setzen sich verschiedene Hochschulgruppen sowie die FaVeVe zusammen, um als studentische Aktive weiterhin Informationen und (hochschul-) politische Bildung anbieten zu können.

Diese Vorschläge werden dann mit der Unileitung besprochen, die bereits großes Interesse an einer gemeinsamen Lösung gezeigt hat. Eventuell wird es eine Hochschulgruppenanerkennung der FaVeVe geben, wie es sie bereits in Karlsruhe gibt und mit über 70 Gruppen auch gut angenommen wird.

Doch der eigentlich Schuldige, das Wissenschaftsministerium (MWK), müsste offensichtlich mehr Mittel bereit stellen, um den öffentlich

beschäftigten Hausdienst und den externen Sicherheitsdienst (Securitas) ordentlich auszustatten. Wobei wir uns ohnehin für eine Eingliederung des Nachtdienstes in das öffentlich beschäftigte Hochschulpersonal wünschen. Die finanzielle Not der Hochschulen schlägt somit bis auf die Studierenden durch; letztlich wird so auch die Auseinandersetzung mit den finanziellen Rahmenbedingungen und der Widerstand gegen selbige behindert.

---

# Bund muss Studenten für volle Seminare entschädigen

Nils Langer

In Österreich hat nun ein Prozess ein lang erwartetes Ende genommen. Gegen die Republik Österreich geklagt hatte ein Medizinstudent, der finanziell von der bundesweiten Studierendenvertretung (ÖH) als Musterkläger unterstützt wurde. Grund dafür war eine Studienverzögerung, weil die Uni Graz nicht ausreichend Seminarplätze zur Verfügung stellen konnte. Der Student hatte Prüfungen nachholen müssen und wurde dann bei der nächsten Seminaranmeldung hinten angestellt. Die Liste war jedoch schon so lang, dass für ihn (und sicherlich viele andere) der Kurs erst in einem späteren Semester stattfinden konnte, sein Abschluss verschob sich entsprechend.

Im österreichischen Unigesetz heißt es aber, dass "bei einer Anmeldung zurückgestellten Studierenden daraus keine Verlängerung der Studienzeit erwächst". Nach zwei erfolglosen Instanzen wurde dem guten Mann nun vorm Bundesgericht Recht gegeben! Die ÖH ruft derweil

schon zur Klagewelle auf und in Wien laufen bereits die ersten Vorbereitungen für einen angekündigten „heißen Herbst“.

Die RektorInnen wiederum sind wenig begeistert von dem Urteil, das ihnen neue Verpflichtungen zur Erweiterung bzw. Aufrechterhaltung der Lehre aufbürdet. Denn hüben wie drüben in Deutschland siehts mau aus mit den Moneten im Bildungssystem. Zur Zeit fordert daher mal wieder die Bundeswissenschaftsministerin der ÖVP die Wiedereinführung von Studiengebühren, was bisher auf deutliche Abneigung der restlichen Regierung stößt. Studiengebühren sind in Österreich eine bundesweite Angelegenheit.

Derweil wurden RektorInnen wie MinisterInnen vor Mikrophone gezerrt und es war die Rede von allerlei Vorschlägen bis hin zu Unischließungen. Letztere sind jedoch völlig unrealistisch - aus Sicht aller Beteiligten. Doch der Konflikt zeigt, wie wenig die Hochschulen



---

tatsächlich ihrem Bedarf nach  
finanziert sind.

(Sobald die Proteste in Wien laufen,  
erfahrt ihr Neues aus erster Hand :) )

01.10.:  
Semesterbeginn

18.10.:  
Vorlesungsbeginn

20.09.:  
Mathe-Vorkurse:  
<http://www.uni-stuttgart.de/studieren/beginn/ersteschritte/#mathe>

28.09., 19:33 Uhr:  
Faveve-Sitzung im ZFB

18.10., 18:00 Uhr:  
Avete Academici und Stände der politischen u.  
gesellschaftlichen Studi Gruppen (die Uni nennt das "Markt der  
Möglichkeiten", pfui pfui), Liederhalle (U-Berliner Platz)

Ersti-Einführung der Faveve:  
<http://www.faveve.uni-stuttgart.de/node/52>

"Liebe Erstis,

herzlich willkommen heißt euch auch die StudierendenZeitung der Uni Stuttgart!

Wir setzen uns mit den Diskussionen in der Hochschulpolitik und Streitfällen an der Uni Stuttgart auseinander. Euch bieten wir Platz für eigene Artikel - ob politisch, kulturell, künstlerisch oder sonst irgendwie wertvoll. Ohne jede Mitgliedschaft und große Sitzungen freuen wir uns über eigene Beiträge eurerseits oder eine (kritische) Mail.

Solange ihr noch in den Mathekursen einschlaft, seid ihr hoffentlich gut mit Infos versorgt. Zum Vorlesungsbeginn werden aber auch wir noch ein paar sinnvolle Sätze zum Studien- und Lebensbeginn in Stuttgart verlieren.

Die nächste Ausgabe wird im November erscheinen.

Alles Gute & viel Spaß in der großen Freiheit des Studi-Lebens!  
Nutzt sie :)

Eure StudierendenZeitung  
zeitung@faveve.uni-stuttgart.de"

